

REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KIEL

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

Zur Zukunft der politischen Stiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER HERMANN EHLERS STIFTUNG

8. Juni 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

www.kas.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein herzlicher und kollegialer Gruß von Stiftung zu Stiftung! Es ist mir eine Freude, heute in diesem Haus und vor Ihnen, der Mitgliederversammlung der Hermann Ehlers Stiftung, sprechen zu dürfen.

Als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung bei der Hermann Ehlers Stiftung zu sein, zumal in der Mitgliederversammlung, bringt die angenehme Pflicht mit sich, Ihnen, lieber Herr Otto Bernhardt, wie auch all Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken zu können. Zu danken für Ihre großartige Arbeit, die Sie, die die Hermann Ehlers Stiftung seit nunmehr über vierzig Jahren, zunächst in ganz Norddeutschland und seit 2008 konzentriert auf Schleswig-Holstein, leistet.

Die „politische Bildung auf freiheitlicher, demokratischer und christlicher Grundlage zu fördern“ und dabei „auch der Förderung der Kultur, der Jugendarbeit und der internationalen Verständigung dienen“ ist – einfach formuliert und satzungsgemäß – der Kern Ihrer Arbeit. Dies entspricht auch dem Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Unsere beiden Stiftungen verbinden die gleichen Ziele, die selben Grundlagen, die selben Wurzeln. So, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung ihrem Namensgeber bei ihrer Arbeit verpflichtet ist, ist die Hermann Ehlers Stiftung dem ihrigen verpflichtet.

Anders als Konrad Adenauer, war es Hermann Ehlers nicht vergönnt, den Beginn „seiner“ Stiftung erleben zu dürfen – der Mitbegründer der Union verstarb viel zu früh, im Alter von nur fünfzig Jahren. Dennoch hatte er entscheidenden Anteil an den ersten Vorüberlegungen – ab 1952 – für eine systematische staatsbürgerliche Bildungsarbeit im Geist christlich-demokratischer Werteordnung.

1955 erfolgte die Gründung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.“ in Bonn als Vorläuferin, als „Urzelle“ der Konrad-Adenauer-Stiftung – und im selben Jahr der Kauf von Schloss Eichholz bei Wesseling. Nach dessen Umbau zur Bildungsstätte, wurde es als „Politische Akademie Eichholz“ am 12. April 1957 feierlich durch Bundeskanzler Konrad Adenauer eröffnet. Den Festvortrag hielt ein Mann, der die Geschichte sowohl Schleswig-Holsteins als auch der Bundesrepublik in besonderem Maße mit geprägt hat.

Kai-Uwe von Hassel, Mitbegründer sowohl der Konrad-Adenauer-Stiftung als auch der Hermann Ehlers Stiftung, von 1954 bis 1963 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, anschließend Bundesminister der Verteidigung (1963-1966), Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1966-1969) sowie Präsident des Deutschen Bundestages (1969-1972).

In seinem Festvortrag sprach er einen Satz, den Sie alle kennen: „Wir dürfen nicht müde werden, an der aufbauenden Synthese von Rechten und Pflichten des Staatsbürgers mitzuwirken [...].“

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KIEL

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS A.D.

8. Juni 2010

www.kas.de

Ein Satz, der heute noch wie vor aktuell ist, der uns leiten sollte, wenn wir über die gegenwärtige Situation und die Zukunft der politischen Stiftungen nachdenken.

Der demokratische Neuanfang in der jungen Bundesrepublik in den Jahren nach 1945 war eine Erfolgsgeschichte: das Grundgesetz stabilisierte die politischen Verhältnisse, die Soziale Marktwirtschaft ermöglichte den wirtschaftlichen Wiederaufbau, 1955 wurde die Bundesrepublik infolge der Pariser Verträge souverän und trat der NATO bei, 1957 wurde mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge der erste Schritt in Richtung eines vereinten Europas gemacht.

Trotz dieser Erfolge dachte man über den Tag hinaus. Man wollte bewahren, was in so kurzer Zeit erreicht worden war. Man wollte für die Zukunft Vorsorge tragen – die Vergangenheit vor Augen.

Die Weimarer Republik war eine „Demokratie ohne Demokraten“ (Kurt Sontheimer), nicht zuletzt gescheitert an der Passivität und dem Desinteresse ihrer Bürger. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, dem totalen politischen und moralischen Niedergang infolge von 13 Jahren NS-Diktatur und dem anschließenden wirtschaftlichen Zusammenbruch, wollte man nicht noch einmal zwischen demokratischer Verfassung und der Bürgerschaft eine so fatale Distanz entstehen lassen.

Nach 1945 gab es Menschen, die noch wussten was es hieß, Verantwortung in einer demokratischen Partei oder in einem frei gewählten Parlament zu tragen. In weiten Teilen der Bevölkerung aber bedurfte es der Festigung des demokratischen Gedankens. „Erziehung zur Demokratie“ war notwendig. Und so wurde schon bald nach 1949 die Gründung politischer Stiftungen als Einrichtungen der Politischen Bildung erwogen.

Es war ein neuer und äußerst ungewöhnlicher Schritt. Durch die politischen Stiftungen sollte sichergestellt werden, dass sich der Pluralismus der politischen Grundströmungen bei der politischen Bildungsarbeit in der Vielfalt der Träger widerspiegelt. Sowohl

ihre Nähe zu den demokratischen Parteien, als auch ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit waren dabei gewollt.

Noch heute sind sie Einrichtungen, die weltweit einzigartig sind. Und sie haben – trotz unterschiedlicher Begründungen und Methoden – nach wie vor einen gemeinsamen Auftrag: Erziehung zur Demokratie und Festigung des demokratischen Gedankens in breiten Kreisen der Bevölkerung durch Erarbeitung von Grundlagen für das politische Handeln, Gewinnung von politisch interessiertem Nachwuchs und Demokratieförderung weltweit.

Dieser gemeinsame Auftrag besteht in einer Situation, die eine gänzlich andere ist als in den Jahren nach 1945: Die Bundesrepublik ist eine gefestigte rechtsstaatliche Demokratie, tief verankert in der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft.

Laut einer repräsentativen Umfrage, die die Konrad-Adenauer-Stiftung anlässlich des 60. Geburtstages des Grundgesetzes im vergangenen Jahr durchführen ließ, leben 94 % der Bürgerinnen und Bürger gerne in der Bundesrepublik. 89 % meinen, es würde sich lohnen, sie zu verteidigen. Zwei Drittel sind stolz auf die Bundesrepublik. Ganze 90 % sind der Ansicht, dass die 60-jährige bundesrepublikanische Geschichte eine Erfolgsgeschichte ist.

Ja, die Geschichte der Bundesrepublik ist eine Erfolgsgeschichte. Die politischen Stiftungen haben ihren Teil zum Gelingen dieser Erfolgsgeschichte beigetragen. Auch in der Zukunft wollen wir dazu beitragen, dass diese Geschichte fortgeschrieben wird. Wir müssen dazu beitragen und unseren gemeinsamen Auftrag erfüllen, vor dem Hintergrund von Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen.

Nicht erst seit gestern sind Entwicklungen zu erkennen, die uns zu denken geben, Herausforderungen, auf die wir reagieren müssen. Ich nenne, in Stichworten nur: das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungsfähigkeiten des politischen Systems und seiner Akteure; die im-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KIEL

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-

ADENAUER-STIFTUNG

PRÄSIDENT DES

EUROPÄISCHEN

PARLAMENTS A.D.

8. Juni 2010

www.kas.de

mer geringere Wahlbeteiligung: Jene an der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 (43,3 %) war die zweitniedrigste nach 2004 (43 %); bei einer Bundestagswahl gingen noch nie weniger Bürger an die Urne als 2009 (70,8 %). Die Veränderung der Parteienlandschaft: Während die Integrationskraft der beiden Volksparteien kontinuierlich sinkt – 2009 vereinten sie zusammen nur noch 56,8 % der Wählerstimmen auf sich, nach 69,4 % 2005 und 77,0 % 2002 – liegen sonstige und extreme Parteien zu. Die Mitgliederzahlen schrumpfen: 2008 hatte die Union erstmals mehr Mitglieder als die SPD. Ein zweifelhafter Erfolg – sie verlor schlicht weniger als ihre Konkurrentin.

Zudem stehen wir vor Herausforderungen wie der demographischen Entwicklung, notwendigen Reformen im Sozialbereich wie auch der Weiterentwicklung des Bildungswesens, der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit, der zusehends bedenklicheren Entwicklung der öffentlichen Haushalte und der Verschuldung. Erschwerend kommt die globale Wirtschafts- und Finanzkrise – und nun auch noch die Sorge um den Euro.

Vor allem diese Krisen machen eines deutlich, was wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen: Wir haben Verantwortung für unser Land und darüber hinaus. Wir haben Verantwortung für fünf Ebenen: die kommunale, die Landes- und die Bundesebene, die europäische und die globale Ebene.

Über Deutschland hinaus, sehe ich vier zentrale Herausforderungen, vor denen wir stehen, und die in unserer globalisierten Welt kein Staat mehr allein lösen kann.

Erstens – die weltweite Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der Weltwirtschafts-, Finanz- und Euro-Krise. Wir wissen, welcher Erfolg mit der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden ist und was wir ihr verdanken. Sie kann ein Modell für die Krise sein, weil sie aus einer ganzen Reihe von Krisen heraus geboren worden ist! Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist fest im Vertrag von Lissabon verankert.

Jetzt gilt es, unser Leitbild der Sozialen

Marktwirtschaft auch über die Europäische Union hinaus zu vermitteln.

Zweitens – der Klimawandel. Erhöhte Treibhausgasemissionen und die damit verbundenen Klimaveränderungen gefährden unsere Lebensgrundlagen und die Entwicklungschancen der uns nachfolgenden Generationen. Den Kampf dagegen kann die Welt nur gemeinsam erfolgreich führen. Nur gemeinsam kann es gelingen, die nur endlich vorhandenen Ressourcen nachhaltig zu verwalten und Energie effizient einzusetzen. Deutschland und die Europäische Union können stolz sein, die globale Führung dabei übernommen zu haben!

Drittens – der Dialog der Religionen und Kulturen. Wir wollen den Zusammenprall der Zivilisationen bzw. Kulturen verhindern. Wir können ihn verhindern, wenn wir den Dialog suchen. Ja, der Dialog kann schwierig sein. Umso wichtiger ist es, ihn offen, ohne Tabus hinsichtlich der Themen, aber immer mit Respekt vor dem Anderen zu führen – und mit Toleranz. Toleranz ist die Voraussetzung, dass Dialog gelingt. Sie ist keine Einbahnstraße. Sie ist immer eine Zweibahnstraße. Dazu gehört, dass Moslems in Europa ihren Glauben in Moscheen bekennen können und dass sie sich integrieren. Genauso gehört aber dazu, dass Christen in arabischen und islamischen Ländern in Kirchen beten und ihren Glauben bekennen können müssen. Das müssen wir den jeweiligen Regierungen gegenüber deutlich sagen. Wir müssen unsere Werte überall in der Welt vertreten!

Viertens – die weitere Einigung des europäischen Kontinentes. Nach einem neun Jahre währenden, von Rückschlägen nicht freien Weg, trat am 1. Dezember 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft. Er macht die EU demokratischer, transparenter und effizienter. Er schafft den rechtlichen Rahmen und die Mittel, die notwendig sind, damit die EU besser bestehende und künftige Herausforderungen bewältigen und auf die Bedürfnisse ihrer Bürger eingehen kann. Der Vertrag von Lissabon ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KIEL

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

PRÄSIDENT DES

EUROPÄISCHEN

PARLAMENTS A.D.

8. Juni 2010

www.kas.de

Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen, denen man gerecht werden muss. Das setzt voraus, dass man sich die Herausforderungen bewusst macht, vor denen man steht. Und dass man Ziele vor Augen hat, die man – trotz oder womöglich auch wegen der jeweiligen Herausforderung – erreichen will und muss. „Orientierung“ ist das Stichwort – Orientierung in Zeiten des Wandels.

Wir, die politischen Stiftungen, sind Institutionen, die Orientierung geben können, die Vorauswissen liefern und Hilfestellungen bieten können. Wir beobachten kritisch, arbeiten und analysieren wissenschaftlich, erarbeiten und bewerten Handlungsalternativen und geben Empfehlungen. Kurz: Politische Stiftungen schaffen die Grundlagen für politische Entscheidungen.

Dabei ist nicht die aktuelle Tagespolitik unser eigentliches Arbeitsfeld. Mittel- und langfristige gesellschaftspolitische Themen, grundsätzliche Frage- und Problemstellungen, in all jenen Bereichen, wo es um die Fundamente, Werte und konzeptionelle Bedeutung von Politik geht – überall dort wirken wir.

Wir wollen Einfluss nehmen auf Orientierungsprozesse in den uns nahestehenden Parteien; ihnen helfen, Leitideen und Zukunftsvorstellungen zu entwickeln und umzusetzen.

Zugleich sind wir „Scharnier“ zwischen Politik, Parteien und politischen Akteuren einerseits sowie interessierten, engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Institutionen und Forschungseinrichtungen andererseits.

Unsere vorrangigste Aufgabe ist und bleibt es, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu befähigen, mündige Bürger zu sein, und in die Lage zu versetzen, für unsere freiheitliche Demokratie sowohl zu werben, als auch selber Verantwortung und eine aktive Rolle in Politik und Gesellschaft zu übernehmen – durch Politische Bildung.

Politische Bildung darf sich jedoch nicht auf reine Institutionenkunde oder das Erläutern von Prozessen beschränken. Ja, politische,

wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundkenntnisse sind wichtige Voraussetzungen, um sich als Bürger in Politik und Gesellschaft einbringen zu können. Darüber hinaus braucht es aber auch die Vermittlung der wertebezogenen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung.

Die „Demokratie braucht Demokraten“ ist der Leitsatz für die Politische Bildung.

Unsere Hauptaufgabe bleibt auch in der Zukunft bestehen – angesichts der von mir benannten Herausforderungen gilt es jedoch darüber nachzudenken, wie wir sie in Zukunft zu erfüllen haben. Auf welche Themen müssen wir uns bei unserer politischen Bildungsarbeit künftig konzentrieren? Welche Mittel und Maßnahmen gilt es zu überdenken? Welche neuen Instrumente sind womöglich zu entwickeln?

Unsere Welt ist eine medialisierte und inzwischen durch die Möglichkeiten der Massenkommunikation maßgeblich mit beeinflusste Welt. Neue elektronische Medien, allen voran das Internet, bieten den Menschen neue, gänzlich andere Möglichkeiten sowohl der Aneignung von Wissen und Informationen als auch des Engagements.

Die politische Sozialisation der Menschen hat sich gewandelt. Weniger politische, zum Teil sogar völlig unpolitische Formen des Engagements sind möglich geworden und stellen die Politische Bildung vor neue Herausforderungen.

Hinzu kommt ein Übermaß an neuen, alternativen Möglichkeiten der Zeit- und Freizeitgestaltung; die Mobilität der Menschen hat sich erhöht und wird sich weiter erhöhen; größerer Druck und zunehmender Wettbewerb im Berufsleben; in der Berufsausbildung der Rückgang von Wirtschafts- und Sozialkundethemen und das Übergewicht berufsrelevanter Aspekte – all das macht die Politische Bildung nicht einfacher.

Das heißt nun nicht, dass es für uns kaum oder gar unmöglich geworden ist, die Menschen mit unseren Angeboten zur Politischen Bildung zu erreichen. Das Interesse

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KIEL

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-

ADENAUER-STIFTUNG

PRÄSIDENT DES

EUROPÄISCHEN

PARLAMENTS A.D.

8. Juni 2010

www.kas.de

ist vorhanden: Laut einer weiteren, von unserer Stiftung im vergangenen Jahr in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage, würde – obwohl nur 23 % der Deutschen ein starkes oder sehr starkes politisches Interesse bekunden – jeder dritte Deutsche bei interessanten Themen Angebote der Politischen Bildung wahrnehmen, was einem Potential von rund 23 Millionen Menschen entspricht. Ein Potential, das längst nicht ausgeschöpft ist: Nur 13 % (9 Millionen) haben in den letzten fünf Jahren an mindestens einer Veranstaltung zur Politischen Bildung teilgenommen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass uns, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hermann Ehlers Stiftung, dies gemeinsam gelingen wird!

Herzlichen Dank!

Die politischen Stiftungen müssen ihre Politische Bildungsarbeit dementsprechend stets neu anpassen, ihre Maßnahmen dahingehend überprüfen, ob und wie ausreichend Interessierte zu gewinnen sind, und inhaltlich an den bestehenden wie zukünftigen Herausforderungen ausrichten.

Dann werden wir morgen genauso bestehen wie wir gestern bestanden haben, dann wird aus unserem Erfolg in der Vergangenheit eine ebenso erfolgreiche Zukunft erwachsen – für uns selbst, vor allem aber für unser Land.

Eines dürfen die politischen Stiftungen bei alldem nicht aus den Augen verlieren: das Fundament ihrer Arbeit.

Für uns, die Konrad-Adenauer-Stiftung, sind die Grundsätze unseres Namensgebers Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Das christliche Verständnis vom Menschen ist Ausgangs- und Orientierungspunkt unserer Arbeit. Wir sind der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Auf diesem Fundament begegnen wir den Herausforderungen unserer Zeit und leisten unseren Beitrag für die Zukunft der christlich demokratischen Bewegung in Deutschland, in Europa und der Welt.

Nur wenn die politischen Stiftungen bei ihrer Arbeit ihrem jeweiligen geistigen Fundament folgen, werden sie – werden wir – in der Zukunft wie in der Vergangenheit ein Grundpfeiler unserer politischen Kultur sein.